

Nebrer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: W. H. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 632

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an weekdays bis 12 Uhr mittags.
Bankkonto: Stadtpostkasse Nebra — Bankverein Artern.

Nr 49

Donnerstag, den 23. April 1931.

44. Jahrgang

Das Volksbegehren durchgegangen.

Erforderliche Mindestzahl erheblich überschritten.
Das Bundesamt des Statistiken erklärt, daß nach seinen bisherigen Feststellungen das Volksbegehren durchgegangen ist. Die Eintragungen für das Volksbegehren fallen die für das Befolgen erforderliche Mindestzahl von 5 1/2 Millionen weit überschritten. Genauere Zahlenmeldungen werden erst morgen abend folgen können.

Der neue Vorschlag in Weimar.

Zur Ergänzung der Thüringer Regierung.
Wie zuverlässig verlautet, sind die Verhandlungen über die Ergänzungsvorschläge für das Thüringer Kabinett nunmehr abgeschlossen. Dem Landtag soll folgender Vorschlag zur Entscheidung unterbreitet werden:

Am Stille des ausstehenden Staatsrates Marschler (Nat.-Soz.) wird der Abgeordnete Krause (Wirtshaus), der bereits einmal Staatsrat war, vorgeschlagen. Für Meiningen tritt an Stelle des ausstehenden Staatsrates Kien (DVP.) der Bandführer Ehrlich-Linterhars, Kreis Meiningen. Für Neuherrn an Stelle des Staatsrates Wörth (Landvolk), Generaldirektor Baumgärtel - Seulenroth (DVP.). Der Genannte ist Generaldirektor der belmten Kempter-Werke und gilt als einer der führenden Industriellen Thüringens, besonders in seine Eigenschaft als zweiter Vorsitzender des Verbandes der Mitteldeutschen Industrie. Für Rudolstadt scheidet Staatsrat Fürch (Wirtshaus), aus; an seine Stelle tritt der Hauptgeschäftsführer des Thüringer Landbundes Macleby, für Sandershausen verbleibt der bisherige volksparteiliche Staatsrat Bauer im Kabinett.

Die Thüringer Regierung legt sich demnach künftig aus zwei Ministern und fünf Staatsräten zusammen. Ueber die Neuverteilung der fünf Ministerien verläutet, daß Minister Baum zum Finanzministerium des Wirtschaftsministerium übernimmt, während Minister Kästner die Ministerien für Volksbildung, Justiz und Inneres verwaltet wird.
Nach Lage der Dinge darf es als feststehend angenommen werden, daß die Kandidatenliste im Landtag durch Einstimmigkeit der Sozialdemokratie eine Mehrheit findet.

Nach dem Volksbegehren.

Der weitere Gang des Verfahrens.
Nachdem so das dem Volksbegehren zugrunde liegende Gesetz die erforderliche Unterstützung gefunden hat, geht das Gesetz dem preussischen Landtag zur Stellungnahme zu. Der Landtag ist in seiner Entscheidung frei, d. h. er kann die Vorführung beschließen oder auch ablehnen. Beinh der Vorführung abgelehnt, dann muß der preussische Ministerpräsident das Gesetz über die Landtagsaufhebung im Wege des Volksentscheides nochmals den Wählern unterbreiten. Im Volksentscheid gilt das Gesetz als angenommen, wenn mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten das sind etwa 13 Millionen Wähler für die Landtagsaufhebung gestimmt haben. Mit der Beschließung des Gesetzes des Volksentscheides — die Annahme vorausgesetzt — gilt der Landtag dann als aufgelöst, so daß Neuwahlen zu erfolgen hätten.

Politisch bedeutet es zunächst die Stellungnahme, die der Landtag selbst zu der Frage der Aufhebung einnehmen wird. Bereits vor einigen Tagen verlautete von einer geplanten Vorbereitung zu dem im Frühjahr 1932 fälligen Landtagsneuwahlen auf den Herbst. Diese Bedingung ist zwar inzwischen demontiert worden, doch ist es nicht ausgeschlossen, ob nicht schließlich doch noch die Anhänger einer baldigen Neuwahl die Oberhand gewinnen.

Kabinettsitzung am 23. April.

Berlin, 23. April.
Die zur Zeit noch von Berlin abwesenden Reichsminister werden am 22. d. M. abends bzw. 23. April vormittags in Berlin zurück erwartet. Der Reichskanzler hat alle Minister gebeten, sich für den 23. April zu einer Kabinettsprechung zur Verfügung zu halten.

Nach einer Unterredung zwischen dem Reichskanzler und dem amerikanischen Botschafter dürfte noch am 23. April eine erste Kabinettsitzung stattfinden, in der neben dem Arbeitsprogramm der nächsten Wochen auch die landwirtschaftliche Zollfrage besprochen werden sollen, die der Reichsernährungsminister erneut zur Debatte gestellt hat. Man rechnet hinsichtlich der Zollfragen mit einer schnellen Entscheidung des Reichskabinetts, erwartet auf jeden Fall, daß die Dinge bis Ende des Monats gefäht sind. Zweifelhaft ist nach wie vor, ob bis Ende des Monats auch die bevorstehende Entscheidung für die Neuregelung des Arbeitsmarktes und die Reform der Sozialversicherungen gefällt werden kann. Allerdings soll auch dieser Fragekreis möglichst noch in der ersten Kabinettsitzung erörtert werden. Vor der Abreise des Reichsfinanzministers nach Genf zur Tagung des Europaratoms und der Tagung des Völkerbundesrates wird schließlich auch noch eine Sitzung des Reichskabinetts sich mit den schwebenden außenpolitischen Fragen befassen.

Drummond bei Curtius.

Der Generalsekretär des Völkerbundes in Berlin.
Berlin, 22. April.

In den nächsten Tagen wird Sir Eric Drummond, der Generalsekretär des Völkerbundes, in Berlin wollen und mit dem Reichsaußenminister Dr. Curtius, der bei der Tagung des Völkerbundesrates den Vorsitz führen wird, die Tagesordnung besprechen.

Diese Tagesordnung ist von außerordentlicher Wichtigkeit, und sie ist nicht aufzulösen ohne den Ausdruck auf die Vorbereitung der Abrüstungskonferenz, zu der der Völkerbundsarat entscheidende Beschlüsse fassen müssen. Die Vorbereitung der Abrüstungskonferenz kann für ihren ganzen Verlauf bestimmend werden, und deshalb müssen alle formalen und technischen Gesichtspunkte auf das sorgfältigste überdacht werden, damit die politische Seite der Vorbereitung nach Möglichkeit entlastet wird.

Was die Wahl des Ortes für die Abrüstungskonferenz angeht, so ist durch die Vorgänge in Spanien Barcelona unmöglich geworden, und dem Wunsch der englischen Regierung, London zum Konferenzort zu wählen, der angeht des starken Eintrages MacDonalds für den Abrüstungsgebeten vornehmlich ist, stellen sich Schwierigkeiten entgegen, die nicht zuletzt von Frankreich ausgehen. Umgekehrt werden natürlich auch gegen die Wahl eines französischen Ortes Bedenken laut, und so wird es doch wohl dabei bleiben, daß die Abrüstungskonferenz am Sitz des Völkerbundes, in Genf, zusammenzutreten wird.

Für die politische Vorbereitung hat die Ratsagung besonders wichtige Arbeit zu leisten, so den Austausch von Mitteilungen über den Wüstungsstand der einzelnen Länder. Auf dem Programm der Ratsagung wird weiter der Zusammentritt der europäischen Studienkommission eine Rolle spielen, die in unmittelbarer Zusammenhang mit der Zusammenkunft des Völkerbundesrats an ihre Aufgabe herangehen soll.

Angünstigte Wendung.

Sucht Frankreich die Abrüstungskonferenz zu verschieben?
Genf, 22. April.

Der als gutunterrichteter bekannte Pariser Berichterstatter des „Journal de Geneve“ meidet, die französisch-italienischen Flottenverhandlungen hätten in den letzten Tagen eine derartig ungünstige Wendung genommen, daß gegenwärtig nur noch versucht werde, nach außen hin den Eindruck eines offenen Zusammenbruchs zu verhindern. In England werde die öffentliche Meinung bereits auf eine unbefristete Vertagung der Flottenverhandlungen mit Frankreich unter Hinweis auf die von den Franzosen gemachten Schwierigkeiten vorbereitet.

Damit sei jedoch eine äußerst gefährliche Lage eingetreten, da der Zusammenbruch der Flottenverhandlungen sowie die Angelegenheit der deutsch-österreichischen Zollunion zu einer Gefährdung der Beziehungen zwischen England und Frankreich führen könnten. Falls England und Frankreich sich nicht verständigen, müsse die Abrüstungskonferenz auf 1933 verschoben werden.

Henderson über das Flottenabkommen.

London, 22. April.
Auf eine Reihe von Fragen im Unterhaus über den Stand der Flottenverhandlungen zwischen Frankreich, Italien und England begnigte sich der Außenminister Henderson mit der Feststellung, daß zur Zeit ein Austausch damit beschäftigt sei, Erklärungen zu entwerfen und vorzubereiten, durch die das europäische Abkommen in Kraft gesetzt werden soll.

Henderson fügte hinzu, es bestände keinerlei Grund zu der Auffassung, daß die englische Regierung nicht willens sei, die Verhandlungen fortzusetzen. Die letzte Äußerung bezieht sich auf die vom Quai d'Oran verbreitete Mitteilung, der in der englischen Presse schon mehrfach widersprochen worden ist, nach der Henderson kein Interesse mehr an einem baldigen Abschluß der Verhandlungen habe.

Die Sachverständigen traten in den späten Nachmittagsstunden zu einer kurzen Erörterung technischer Fragen zusammen.

Mißstimmung in Warschau.

„Das gute Geschäft der Franzosen.“
Warschau, 22. April.
Die „Gazeta Warszawska“, das führende Blatt der Nationaldemokraten, ist über die Bedingungen der französischen Forderungen zum Ausbau der sogenannten Koblentz-Kantons — Gängen wenig erbaud.

Das Blatt stellt nämlich fest, daß weder die Inhaber der Obligationen, noch die Gesellschaft irgendein Risiko tragen, sondern daß das ausschließlich dem polnischen Staatschatz anverleget sei. Ebenso fällt die Erneuerung des Unterbaues und des Wagners während der Dauer der Verpachtung der Bahnrinne der polnischen Regierung zu. Nicht einmal auf die Bedingungen der Obligationen hat sich die polnische Regierung einen Einfluß leisten können.

Das Blatt schließt seine Ausführungen mit den Worten: „Wir sind prinzipiell Anhänger des Zustusses von ausländischen, zumal von französischem Kapital nach Polen. Wir schämen beglückseligt die Bedeutung der Bahn Schließen

— Gängen genügend ein. Aus diesem Grunde sind wir auch gegen die Konzeption der Anteile nicht aufgetreten, doch angehts der unerhörten schweren Bedingungen können wir nicht schweigen.“

Geheime „Schnüffelkommission“?

Die Bespionnage des Auswärtigen Amts.
Der Staatssekretär im Auswärtigen Amt hat wegen des Verhaltens der drei französischen Offiziere in Königsberg beim französischen Botschafter in Berlin schriftliche Bespionnage erhoben.

Aus dem Auswärtigen Amt ist der französischen Botschafter ein Brief zugegangen, in dem das lebhaft Befremden der Reichsregierung über das Verhalten der drei französischen Offiziere zum Ausdruck gebracht wird. Schöner Bericht nach hat der französische Botschafter daraufhin geantwortet, daß die Offiziere sich nunmehr an die ihnen erteilten Instruktionen halten würden.

Wir bezweifeln keinesfalls, daß die französischen Offiziere sich an die ihnen erteilten Instruktionen halten werden, es fragt sich nur, wie diese Instruktionen lauten und zu welchem Zwecke die Offiziere überhaupt Ditzpreußen bereist haben. Wenn es den Fallanden entspricht, daß die Herren dem französischen Botschafter angehören, so ist es verständlich, daß sie überhaupt von Deutschland ein Bismar zum Einreise erhalten konnten. Im übrigen wäre es interessant zu erfahren, mit welcher Begründung in Ditzpreußen überhaupt ein französisches Konsulat unterhalten wird, das offensichtlich überhaupt nichts zu tun hat. Es kann nur angenommen werden, daß es einen vorgeschobenen französischen Beobachtungsposten darstellt, der eine enge Verbindung mit dem getreuen Mitarbeiter in Warschau bilden soll. Diese Veranbarung wird durch den Spionageschwindel in Königsberg beinahe zur Genüge. Die Mindestforderung Deutschlands wird wohl die sein müssen, daß der Königsberger Konsul fangt schleunigst abzurufen wird, ohne daß sein unmöglicher Nutzen neu befestigt wird und daß des ferneren die Bestrafung der schuldigen französischen Offiziere ernstlich verlangt wird, ganz abgesehen davon, daß seitens des Quai d'Oran eine offizielle Entschuldigung erfolgt.

Feststellungen von zuständiger Stelle.
Berlin, 22. April.

Ueber die Königsberger Angelegenheit wird von zuständiger Stelle folgendes mitgeteilt: Die Unterredung der drei französischen Offiziere abgenommenen Bilder ist noch nicht beendet. Es sollen Vergrößerungen angefertigt werden, um aus den Einzelheiten festzustellen, ob auf den Bildern geheimzuhaltende Geräte zu erkennen sind.

Dier Bilder zeigen Gebäude der Königsberger Festungsanlagen, während zwei Bilder die übende Truppe (Artillerie) zeigen. Es ist anzunehmen, daß es sich bei dem höchstbedauerlichen Fall um einen Grenzfall von Spionage handelt. Sollte jedoch bei näherer Prüfung festgestellt werden, daß tatsächlich Spionage vorliegt, dann würde die deutsche Regierung die Folgerungen ziehen.

Die Festnahme der französischen Offiziere erfolgt durch einen deutschen Offizier, der dann einen Vertreter der Division hinzuholen ließ. Dieser verurteilte nach Prüfung der Personalien die Freilassung der Festgenommenen.

Eine Erlaubnis zur Einreise der französischen Offiziere nach Deutschland ist nicht erteilt worden und auch nicht nötig, da die Herren in Zistl reisen.

Es handelt sich nur um die Erstellung des Bildes, das allen nach Deutschland einreisenden Personen gegeben wird. Die französische Botschaft hat nach ein für allemal gene und der Reichsregierung mitgeteilt, daß die beiden Offiziere die Schlafzettel in Ditzpreußen besitzigen wollten. Es war der Regierung bekannt, daß es sich bei den französischen Offizieren um Mitglieder der französischen Nachrichtendienst-Abteilung handelte.

Nach Polen ausgereist.

Die beiden französischen Geheimdienst-Offiziere, die mit Kapitän de Alencay Königsberg verließen, sind nach Polen ausgereist. Oberleutnant Kozel und Kommandant Derache trennten sich in Warschau von de Alencay, der nach Berlin weiterfuhr, und sind nach Ditzkau weitergereist.

Auf historischem Kampfgelbiet.

Die großen französischen Manöver.
Paris, 22. April.

In der Zeit vom 10. bis 16. September finden in diesem Jahre die großen französischen Herbstmanöver statt, für die das vom Weltkrieg her bekannte große Dreieck zwischen Paris—Reims—Metz gemählt wurde, das durch die Wisne in zwei etwa gleiche Hälften geteilt wird. Die Manöveraufgabe wird darin bestehen, daß eine der beiden Parteien verstanden wird, den Fluß zu überschreiten, um den auf dem gegenüberliegenden Ufer stehenden Feind zu vertreiben. Neben drei Divisionen Infanterie, den üblichen Artillerie- und Kavallerieregimenten nehmen mehrere Regimenter schwerer Artillerie, Tants, Minenwerfer und Genie-Truppen teil.

Ein überaus zahlreiches Angebot an Bomben- und Jagdflugzeugen wird das Bild dieser Truppenführung am Vorabend der Abrüstungskonferenz veranschaulichen.

Wieder ein Revolutionäres.

Aufstand in der Republik Honduras.

Tenepopt, 21. April.

Nach in New Orleans eingetroffenen Nachrichten ist im Norden von Honduras ein Aufstand ausgebrochen und hat sich überaus schnell bis zur Küste ausgedehnt. Den wohlhabendsten Aufständischen sollen bereits mehrere Städte in die Hände gefallen sein. Die Bewegung hat bisher einen unblutigen Verlauf genommen.

Die amerikanischen Marinebehörden haben sofort einen Kreuzer nach Tela beordert, um die Interessen Amerikas in Honduras zu schützen. Die Entsendung eines Flugzeugmutterflüsses liegt bevor. Führer der Aufstandsbewegung ist General Ramon Diaz, dessen Streitkräfte 800 Mann stark sein sollen. Der Sturz des Kabinetts wird vorläufig bemerkt. Die Städte Ceiba, Progreso und Urico sowie mehrere kleinere Orte sind in die Hände der Aufständischen gefallen. An der gesamten Nordküste sowie an einzelnen Punkten im Innern des Landes kam es zu Kämpfen.

Schub der Deutschen in Honduras.

Der deutsche Geschäftsträger in Managua hat den amerikanischen Gesandten gebeten, den Behörden der 20 Amerikaner in Puerto Cabezas zu überreichen. Der Gesandte sagte dies bereitwillig zu. Mehrere amerikanische Kriegsschiffe haben den Auftrag, für die Sicherheit aller Ausländer in den Hafenstädten von Nicaragua und Honduras zu sorgen. Wie aus Tegucigalpa (Honduras) berichtet, schließt man dort mit einem baldigen Ende des Aufstandes. In den Häfen liegen sechs amerikanische Kriegsschiffe und Handeldampfer für die Aufnahme von Flüchtlingen bereit.

Ultimatum an Madeira.

Die Aufständischen sollen kapitulieren.

Risfajon, 21. April.

Der Sonderbeauftragte der portugiesischen Regierung an Bord des Kreuzers Vasco da Gama hat den Führern der Aufständischen auf Madeira folgende Aufforderung durch Funkpruch zugehen lassen:

Im Namen der portugiesischen Regierung fordere ich die Aufständischen auf, sich zu ergeben. Nach der Übergabe von Terceira und San Miguel kann die Haltung der Aufständischen auf Madeira nicht einmal durch die Haltung der anderen Aufständischenführer gerechtfertigt werden. Die westindische Expedition hat das Ende einer zweijährigen Rebellion. Falls dieser Aufforderung nicht nachgegeben wird, werde ich unersichtlich auf Madeira alle mir zur Verfügung stehenden Streitkräfte zusammenziehen.

Preffe-Korruption.

Wie sich Herr Bensch „Wiener Stimmen“ verschafft.

Prag, 21. April.

Der ehemalige Organist der tschechischen Spionagezentrale in Paris und jetzige tschechische Außenminister Dr. Bensch opfert seit Jahren viele Millionen, um in Wien eine große tschechische Propagandazentrale auszubauen, und jetzt diese Bestrebungen zielbewusst fort.

Schon heute befinden sich mehrere Zeitungen und Zeitschriften im Besitze der Tschechen oder werden mit tschechischem Geld unterhalten. Ueber den Dris-Verlag in Prag fließen die Gelder hauptsächlich an den Bernag-Verlag in Wien. Außerdem werden „Die Stunde“, „Der Tag“ und „Die Bär“ mit tschechischen Mitteln gepflegt. Auch die Theaterzeitschriften „Die Bühne“ und „Der Gock“ stehen unter tschechischem Einfluß.

Auf diese Weise ist es Herrn Bensch möglich, sogenannte „Wiener Pressestimmen“ in die Welt zu setzen, die von Prag aus diffundiert werden und in wenig verhehlter Form den tschechischen Standpunkt vertreten. Neben diesen bekannten und schätzbaren Positionen, die sich Herr Bensch in Wien nicht immer zu geradem Wege erworben hat, laufen eine Reihe geheimer Fäden nach anderen Stellen, die der Leiter des tschechischen Propagandaapparates in der Hand hat und nach Belieben ziehen kann.

Verbesserung der Rentnerfürsorge.

Eine Rundgebung der polnischen Parteien.

Berlin, 21. April.

Vor der Vertagung des Reichstags hatten interfraktionelle Beratungen über die von dem Deutschen Rentenbundes vorgelegten Richtlinien für ein Inflationschaden-Gesetz stattgefunden und zu einer Erklärung der verhandelnden Parteien zu Gunsten einer besseren Fürsorge für die Rentner geführt. Dazu an den Deutschen Rentenbundes schreiben der Parteien wird nimmend im Wortlaut bekannt gegeben. Es ist unternommen, von den Fraktionen des Zentrums, der Sozialdemokratischen Partei, der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei, der Bayerischen Volkspartei, des Christlich-Sozialen Volksdienstes und der Konfessionellen Volkspartei sowie der Deutschen Staatspartei. Der wesentliche Teil der Rundgebung lautet folgendermaßen:

„Die Parteien haben sich ohne Ausnahme davon überzeugt, daß der von Ihnen vorgelegte Weg einer Einkerntenerhöhung für die Rentner der Besteuerung bei der gegenwärtigen Lage jedenfalls nicht befriedigend werden kann. Einmal können weitere Reizmittel, die unbedingt erforderlich wären, nicht zur Verfügung gestellt werden; zum anderen würde ein Gesetz nach Ihrem Entwurf einen erheblichen Teil der Rentner in der Fürsorge belassen.“

„Und wir halten aber eine Verbesserung der Lage der Rentner für dringlich und haben deshalb die Regierung gebeten, die schon früher vom Reichstag gewünscht und von der Reichsregierung auch in Aussicht gestellten Erleichterungen und Verbesserungen der Fürsorge möglichst bald einzuführen.“

Landwirtschaft ohne Rentabilität.

Ein Schreiben an den Reichsernährungsminister.

Bremen, 21. April.

Der Landbund Oldenburgs, Bremen beschloß in einer Anstufung, ein Schreiben an den Reichsernährungsminister Dr. Schiele zu richten, das sich gegen die Agrarpolitik der Regierung wendet. Es wird darin zunächst festgestellt, daß es heute in keinem Zweig der oberbäuerlich-bremischen Landwirtschaft mehr eine Rentabilität gebe. Die Grundpreise liegen unter der Friedenspreise gekaufte, ebenso die Marktpreise. Für Schweine ist ein Preis von 75 RM.

zugelagt worden, der jedoch heute auf Ende der 30er Mark gelautet sei. Auf dem ganzen Gebiet der Viehwirtschaft ist man bisher lediglich mit Wertpapieren vertriebt worden; man wolle nun endlich Zinsen sehen.

„Können Sie“, so heißt es weiter, „Herr Reichsminister, es verantworten, daß nun, nachdem die Landwirtschaft im Osten zusammengebrochen ist, auch wir Bauern des Westens zusammenbrechen. Wenn Sie, Herr Reichsernährungsminister, dem wir unser volles Vertrauen geschenkt haben, im Reichsamtlich Maßnahmen, die Ihnen zu unserer Rettung können, so geben Sie durch Ihren Nachtritt klar zu erkennen, daß das Reichsamtlich uns Bauern nicht helfen will. Wir werden abdam durch Neuausgaben dafür sorgen, daß man uns nicht untergehen läßt.“

Deutsche Tageschau.

Regierungsmaßnahmen gegen Brotpreissteigerungen?

Ämtlich wird mitgeteilt, Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat, sobald es von der beabsichtigten Brotpreissteigerung in Berlin Kenntnis erhielt, mit der beteiligten Wirtschaftsstellen über Mittel und Wege beraten, den unerwünschten Folgen dieser Erhöhung zu begegnen. Es ist eine Reihe von Maßnahmen in Aussicht genommen worden. Die hierzu erforderlichen Vorbereitungen werden bereits in der nächsten Tagen zum Abschluß kommen. Die Bestrebungen des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft sind darauf gerichtet, der Bevölkerung ein schmackhaftes und vollwertiges Brot zu den bisherigen Preisen zur Verfügung zu stellen.

Kärntnern in westfälischen Provinzial-Landtag.

Kurz nach Eröffnung der Sitzung des westfälischen Provinzial-Landtages in Münster kam es zu Kämpfen, als ein kommunistischer Abgeordneter auf den schweren Zusammenstoß zwischen Polizei und Kommunisten bei einem Sonntag zu sprechen kam. Als der Präsident den Ausschuß des kommunistischen Redners von der Sitzung beurlaubte, wurden die Kärntner so fort, daß der Präsident die Tribüne räumen lassen mußte. Der kommunistische Redner wurde aus dem Hause entfernt.

Ergebnislose Verhandlungen im Gehaltsstreit.

Die Verhandlungen der Angestelltenvereinigungen mit den Arbeitgeberverbänden fanden über den von den Arbeitgebern geforderten Gehaltsabzug von 15 v. H. statt. Die Arbeitgeber der Schwerindustrie begründeten ihre Forderung mit der allgemeinen Preissteigerung und der schwierigen Wirtschaftslage. Die Verhandlungen sind ergebnislos abgebrochen worden und sollen vor dem Schlichtungsausschuß fortgesetzt werden.

Auslands-Rundschau.

Zunahme der deutschen Bevölkerung in Böhmen.

Nach den bisherigen Feststellungen des Statistischen Reichsamtes hat die Zahl der Deutschen in Böhmen seit der Volkszählung im Jahre 1920 um rund 100 000 Personen zugenommen. Die deutsche Bevölkerung in Böhmen weist nach der Volkszählung rund 205 v. H. der Gesamtbevölkerung auf, so daß in dem Reichsterritorium der tschechischen Minderheit zur tschechischen Mehrheit im Reich ein Verhältnis der tschechischen Bevölkerung zu der deutschen von 100 zu 205 eintritt. Gleichzeitig wurde eine Arbeitslosenstatistik für die Tschechoslowakei aufgestellt, nach der die meisten Arbeitslosen mit 186 844 Personen in Böhmen geschätzt wurden.

Amerikas Weizenüberschuß.

Der Farm Board der Vereinigten Staaten (Getreideabgabegesellschaft) hat beschlossen, die während der Sitzungsaktion mit einem durchschnittlichen Verlust von 50 v. H. aufgelaufenen Weizenverträge auf den europäischen Märkten abzuschließen. Diese Maßnahmen soll jedoch nur insoweit durchgeführt werden, daß der Anstiegspreis nicht gedrückt wird. Der Farm Board ist überzeugt, daß die europäischen Markterhältnisse für diese Transaktion günstig sind.

Gandhi über die Stellung Indiens.

In einer Unterredung erklärte Gandhi, für Indien käme die Stellung eines Dominions nicht in Frage, da die kulturellen, sozialen und Rassenverhältnisse in Indien ganz anders lägen als in den Dominions. Ihm schwebte eine Art Bündnis vor, das aber nicht nur militärisch sei, sondern sich auch auf andere Gebiete beziehen soll. Die indische Arme müsse unter indische Oberhoheit kommen.

Kleine politische Meldungen.

Der neue deutsche Gesandte in Wien. Der neue deutsche Gesandte in Wien, Dr. Reib, ist Montag mittag in Wien eingetroffen.

Die Brüsseler Zeitungen trotz des Sperretriebs erschienen. Die Brüsseler Zeitungen sind trotz des Sperretriebs erschienen, wenn auch in verkleinertem Umfang. In einzelnen Zeitungen betrieben haben die Angestellten und Journalisten mit Schmachtmägen gearbeitet, um das Erscheinen der Zeitungen zu ermöglichen.

Keine englische Zwischenfallsgenehmigung für Trocki. Im englischen Unterhaus wurde am Montag gefragt, ob die Regierung Trocki das Recht zugehen wolle, als politischer Flüchtling in England zu leben. Der Innenminister verneinte die Frage.

Freie Schifffahrt nach den Azoren. Nach Wiedereröffnung der Küstendampfer nach den Azoren sind die Schiffe für die Schifffahrt wieder befreit worden.

Aus der Umgegend

Neuro, 23. April.

Das Volksbegehren. Die hier im Rathause ausgetragene 11te Volksbegehren „Landtagsauflösung“ trug bei Ablauf der Eintragungszeit 470 Unterschriften. Die Zahl der vorhandenen Stimmberechtigten beträgt dagegen 1336, es haben sich demnach etwa ein Drittel der Wahlberechtigten der Stadtgemeinde Neuro a. N. eingetragen. Im allgemeinen ist auf dem Lande und in den kleineren Städten eine lebhaftere Befürwortung des Volksbegehrens zum Ausdruck gekommen, wofür in den Großstädten die Zahl der Wählermengen bemerkbar macht. In Groß-Berlin z. B. haben nur 13 Prozent der Stimmberechtigten sich in die ausgetragenen Listen eingetragen. Das ist allerdings recht wenig und zeigt von einer verhassten Wahlmüdigkeit. Im großen und ganzen ist das Volksbegehren ein Sieg des nationalen Preussens, die preussische Regierung wird die nun einmal so klipp und klar lautgewordene Stimmung im Volke nicht übersehen dürfen.

In Quersfurt betragen die Eintragungen 1606 (von

3859 Stimmberechtigten), in Mücheln 1607 (4346), Laucha 803 (1485), Freyburg 1430 (2453), Köhleren 957 (1813), Großwangen 6 7(172), Kleinwangen 72 (190), Vitzburg-Preitz 193 (330), Reinsdorf 108 (467), Lieberfeld 123 (195), Wippach 85 (152), Gleina 359 (469), Kleinleichtfeld 138 (170), Carsdorf 270 (374), Kirchschöndringen 235 (301), Wehndorf 138 (185), Wernungen 122 (190). Das Gesamtergebnis im Kreise Quersfurt beträgt 23 118 Eintragungen gegen 13 403 beim Volksbegehren „Freibeitgesetz“.

Veranstaltungen. Im „Preussischen Hof“ veranstaltet am Sonnabend Herr Musikdirektor Stein das 4. Abonnement-Konzert. Das unsere Kapelle unter der bewährten Leitung mit einem ausserordentlichen Kunstgenuss aufzuführen wird, dürfen wir mit Bestimmtheit versprechen. — Im Gasthof „Zur Sonne“ ist am Sonntagabend großer Freizeitspiel angelegt. Die tanztrohe Jugend wird hierbei Gelegenheit finden, ihr Tanzbedürfnis auf Billige Art zu befriedigen. — Im Schützenklub ist für Sonntag ein vom Stahlhelm veranstalteter Wettkampf für 1000 Meter angesetzt, bei dem die Stahlhelmschützen Neunburg sortentert und auch ein vaterländ. Schampieloffen aufgeführt wird. — Wir werden auf das Programm des Abends in nächster Nummer näher eingehen, verweisen auch noch auf die Einladung im Anzeigen-teil.

Arbeitsmarkt. Die Metallwerke Nebra des Arbeitssamtes Halle zahlte vergangene Woche 358 männliche und 10 weibliche Unterfertigungsempfänger aus, die sich auf die Stadt Nebra und die umliegenden Orte wie folgt verteilten: Altenroda 11 männl., Carsdorf 17 männl. und 1 weibl., Großwangen 27 m., Kleinwangen 20 m., Lieberfeld 19 m., Nebra 157 m. und 6 weibl., 100 Ausgefertigte, Reinsdorf 36 m., Spielberg 4 m., Steigra 5 m. und 1 weibl., Wehndorf 36 m., Spielberg 4 m., Steigra 5 m. und 1 weibl., Vitzburg-Preitz 19 m., Weiffenkirchbald 20 m. und 2 weibl., Wehndorf 8 m., Wippach 13 m., Zingst 2 m. Davon sind 70 männliche Kriemunterfertigungsempfänger, außerdem noch ca. 90 männliche Wohlfahrtsberufswerber, zu denen noch etwa 30 nachkommen.

Kohlelen. (Ein vielfacher Jubilar.) Der hier und in weiterer Umgebung bestbehaftete und wertergehaltene Herr Dr. med. Wiener vollendete am 22. d. M. sein 60 Lebensjahr. Es trifft sich, daß der Jubilar an diesem schönen Festtag zurückblieben kann auf eine 35jährige erfolgreiche Ausübung der ärztlichen Praxis, auf die 30jährige Anwesenheit in Kohlelen und die 25jährige Tätigkeit als Militärarzt. Daß er 30 Jahre hindurch ununterbrochen ein treuer Leser der Kohleleber Zeitung war, erfüllt uns mit besonderer Freude. Möge der nimmer müde, zu jeder Tages- und Nachtzeit hilfsbereite treue Freund wohl jeder Familie noch recht lange seinen verantwortungsvollen Beruf ausüben in der Lage sein. Mit diesem Wunsch verbinden wir zugleich die herzlichsten Glückwünsche zu seinem vieljährigen Jubiläum.

Gleichen. Wie wir hören, ist das Vertragsverhältnis zwischen dem jetzigen Stadtdirektor und früheren Oberbürgermeister von Gleichen, G. Lauff, und der Gemeinde Langenoo gelöst worden.

Dazu erfahren wir von ununterrichteter Seite, daß sich Direktor Lauff selbst dahin geäußert hat, im Falle eines für ihn ungunstigen Ausgangs seines Prozesses sei eine Fortdauer des Vertrages ausgeschlossen.

Merleburg. Gleich zu Beginn der Dienstag-Sitzung des Reichstags gaben die Abgeordneten der Nationalsozialisten der Deutschnationalen, der Volkspartei und der Wirtschaftspartei die Erklärung ab, daß sie angesichts der schwierigen finanziellen Lage und der Unmöglichkeit, wie sich dies auf die Kreisbildung in Dürrenberg auswirken werde, nicht in der Lage seien, die Verantwortung für den ungeheuren Teufeltrag zu übernehmen, der bereits die Höhe von 1 350 000 Mark erreicht hat.

Zur Grund der Erklärung der bürgerlichen Vertreter ist mit großer Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, daß der Reichstag abgelehnt werden wird.

Halle. Der Verband ehemaliger Mittelschüler hielt in Halle seine Provinzialverbandstag ab. Verhandlungsgegenstand war die Halle, ferngezeichnet in seiner Begrüßungsansprache die Ziele des Verbandes. Hauptgeschäft gälte der Kampf dem Überhandnehmen des Berufungsweffens. Dadurch, daß heute vielfach in den praktischen Berufen das Wehr verlangt werde, werde der Zweck der Mittelschulen vollkommen in dem Sinne ergründet gestellt. Man könne deshalb nicht genug für die Vollwertigkeit der Mittelschulbildung eintreten.

Leisnig. Die Hifter-Jugend hielt hier ein Treffen mit einer Rundgebung ab. Während des Amzugs griffen Kommunisten, die in größerer Zahl aus den benachbarten Städten nach Leisnig gekommen waren, den Zug an. Dabei wurden sechs Nationalsozialisten erbeulig verletzt. Auch die Kommunisten haben mehrere Verwundete zu verzeichnen. Die Polizei, die verstarft worden war, mußte mehrfach mit dem Gummihüpfel eingreifen.

Leisnig. Der Stadtrat hat aus Anlaß der letzten Zusammenkunft zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, bei denen sechs Nationalsozialisten und mehrere Kommunisten verletzt wurden, zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit alle öffentlichen politischen Versammlungen sowie alle Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel bis Ende dieses Monats verboten.

Leisnig. Der Polizei-Gesellschaft — Reichssozialoffizier Holzschlegel, der aus der Staatskasse eines Leisniger Bahnhofs rund 15 000 Mark zur Abdeckung zahlreicher Weiffchulden unterschlagen hatte und flüchtig geworden war, hat sich jetzt der Polizei gefügt. Seine ganze Barschaft bestand in 50 Pfennigen. Solange, der das Geld wieder reiflos verweilt zu haben scheint, wurde in Halle gefangen.

Magdeburg. An der Kandidatenliste für den Magdeburger Oberbürgermeisterposten ist eine Änderung eingetreten. Weder Stadtrat Wittmann noch Dr. Steinhoff, Königsberg, kommen länger als Kandidaten in Frage. Inzwischen hat sich nämlich die Sozialdemokratische Partei, anscheinend um die Gegenläufige zu überbrücken, auf einen neuen Kandidaten, Stadtrat Ernst Kauter, Berlin, geeinigt, der sein Kandidat für den Oberbürgermeisterposten ausgenommen hat. Kauter wird vor seinem Übertritt zur Sozialdemokratischen Partei des Ehrenamtes besitzen.

Gotha. Eine ganze Reihe mitteldeutscher Städte ist auf dem Wege über den Mitteldeutschen Rundfunk auf künstlerische und kulturelle Gebiete zu Worte gekommen. Die Sitzung ist jetzt an die Stadt Gotha wegen Veranstaltung eines Gothaer Tages herangetreten, die voraussichtlich im Monat Mai stattfinden wird.

Neues aus aller Welt.

Feuertur aus dem vierten Stock. In der Feiler Straße in Berlin-Neudölln fürzte der Hausbesitzer Karl Gaube aus einem Fenster des vierten Stockwerks. Er war im Begriff, das Fenster aufzutreten und trat zu diesem Zweck auf das Fensterbrett, das nachgab. Dabei ergab auf dem Wege zum Krankenhause seinen schweren Verletzungen.

Von einem Motorrad überfahren und getötet. Der 18-jährige Herbert Jähnitz aus Seefeldorf wurde von einem Motorrad überfahren und getötet. Der Fahrer fürzte und erlitt leichte Verletzungen. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt, doch dürfte die Ursache des Unfalls in dem übermäßig schnellen Fahrtempo zu suchen sein.

Hamburger Motoristgehilfe getötet. Das deutsche Motoristgehilf „Elsa“ aus Hamburg, das auf der Fahrt von Schweden nach Hadersleben seinen Unter vorer und vergebens Notrufe abgab, strandete vor der Südbahnbrücke von Aggersjö bei starkem Seegang. Ein dänischer Rettungsbooter, der von Västana zu Hilfe kommen wollte, konnte wegen des Seegangs nichts ausrichten. Die Besatzung, bestehend aus dem Kapitän und zwei Mann sowie der Kapitänswife, konnte sich mit ihrem Hab und Gut auf Aggersjö auf Land retten. Das Schiff scheint verloren zu sein.

Schweres Brandunglück in Göttingen. In der Wurfwarenfabrik der Firma Erler in Göttingen brach Großfeuer aus, durch das die oberen Stockwerke des Gebäudes und die Fabrikräume eingestürzt wurden. Da das Treppenhaus bald in Flammen stand, gelang es nicht mehr, eine im zweiten Stockwerk wohnende Frau zu retten. Auch einige Feuerwehreinheiten wurden bei den Vorkämpfen zum Teil schwer verletzt und mussten in die Klinik überführt werden. Einer ist seinen Verletzungen erlegen. Der Materialschaden ist sehr bedeutend.

Dorfbrand nach neun Jahren aufgefährt. Am zweiten Pfingstfesttag 1922 brach auf dem Grundstück des Mühlenselbsters Rohde in Streßow (Altmark) ein Feuer aus, das in kurzer Zeit sieben Bauerngehöfte und mehrere Scheunen in Asche legte, und bei dem ein Gastwirt, der sein Vieh retten wollte, in den Flammen umkam. Alle Ermittlungen verliefen demselben ergebnislos. Erst nach neun Jahren wurde als Brandursache die damals kürzliche Zündung des Mühlenselbsters Rohde ermittelt, die sich zur Zeit in Hamburg in Stellung befindet. Sie hat eingestanden, den Brand aus Rache gegen ihre Stiefmutter angelegt zu haben.

Schwerer Unfall bei einer Reichswehrübung. Ein schwerer Unfall ereignete sich in Osterode (Ostpreußen) beim Weiterritt 2 während einer Übung mit Sprengmitteln. Aus bisher noch ungeklärter Ursache explodierte vorzeitig eine Mine, wobei der Oberreiter Wendi getötet und zwei andere Reiter verletzt wurden.

20 Leichentote bei einem Eisenbahnunfall im Saargebiet. Auf dem Bahnhof in St. Illingen in Saarbrücken Rangierte eine Lokomotive in Richtung Badach ausfahrenden Personenzug in die Fronte. Der letzte, dicht besetzte Personenzug stürzte um. Etwa 20 Reisende wurden leicht verletzt.

Zusammenstoß zwischen Streikenden und Polizei. In Sprinze am Deister entzündeten einige Unruhen, als Arbeitslose von Streikenden am Betreten der Räume der Stadtbibliothek, in der seit längerer Zeit gestreikt wird, gehindert wurden. Am Bahnhof kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Streikenden, wobei auch der Bürgermeister tödlich angegriffen wurde. Die Landjäger mußten schließlich von der Schutzpolizei Gebrauch machen. Hierbei wurden ein unbeteiligter Arbeiter und der Führer der kommunalistischen Streikenden durch Geschosse verletzt. Am der Verletzte wurde aus hannoverscher Hilfe angefordert, die die Rube wiederherstellte und neun Hauptverletzte ins Krankenhaus brachte.

Fernprekurrenzhofen Moskau—Hamburg. In den nächsten Tagen wird der Fernprekurrenzhofen zwischen Moskau und Hamburg über Veningrad eröffnet. Die Kosten eines Gesprächs von Moskau nach Hamburg belaufen sich auf 14 Mark und von Veningrad nach Hamburg auf fünf Mark.

Belgischer Lehrer in Italien verhaftet. Ein junger belgischer Lehrer namens Moutin trat eine Reise nach Italien an und kam nicht zurück. Jetzt wird amtlich bekanntgegeben, daß er in Italien verhaftet worden ist, ohne daß bisher die Gründe hierfür bekanntgemacht sind. Die belgische Regierung hat deshalb die Klärung der Angelegenheit auf diplomatischem Wege eingeleitet.

Rückgang der tödlichen Unglücksfälle in Paris. Die amtliche Unfallstatistik für das erste Drittel des neuen Jahres weist für Paris und die Seine-Provinz einen Rückgang von 25 tödlichen Unfällen und 60 schweren Unfällen gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres auf. Insgesamt werden 55 tödliche und 278 schwere Unfälle gemeldet.

Mordverbot auf offener Straße. Ein Serbe namens Miličević hat den Belarusschen Karl Gebert auf einer Straße des Berliner Nordrings durch drei Revolverschläge schwer verletzt. Gebert brach im Feuer zusammen und mußte sofort ins Krankenhaus übergeführt werden. Der Mörder gelang es erst nach längerer Verfolgung, des Serben habhaft zu werden.

Großfeuer auf einer lippeischen Staatsdomäne. Auf der staatlichen Domäne „Rede“ bei Remo entbrach ein Großfeuer, das eine 50 Meter lange Scheune einäscherte. Sieben große Erntemaschinen, 250 Zentner Kunstdünger, mehrere Fuder Holz, große Feuer- und Strohpörräte sowie viele landwirtschaftliche Geräte wurden vernichtet. Man vermutet Brandstiftung.

Seeadler steden Dampfer in Brand. Der in den Hainan Straits auf Grund geratene Dampfer „Ein Chon“ wurde von chinesischen Seeadleren in Brand und in Brand gesteckt. Der Dampfer ist 2289 Tonnen groß und gehörte einer französischen Gesellschaft. Der britische Seefahrer „Sterling“ ist nach der Unglücksstelle abgegangen.

Der Raubüberfall auf die Diebstahlsliste aufgefährt. Der auf die Wita des Direktors Rieffarth in Frankfurt a. M. a. M. in verübte Raubüberfall ist jetzt aufgefährt worden. Nachdem bereits am Sonntag einer der Täter, der Sohn eines in guten Verhältnissen lebenden Brotverkäufers, verhaftet werden konnte, gelang es jetzt, auch die beiden anderen Täter, zwei wegen Diebstahls wiederholt vorbestrafte junge Leute, in einer Wirtshaus in Frankfurt am Main festzunehmen. Alle drei haben ein Geständnis abgelegt.

Ein Länderkampf Deutschland—Schweden im Regeln wurde für den 7. Juni nach Stockholm vereinbart. Bei der gleichen Veranstaltung findet ein internationales Turnier

statt, an dem sich neben Deutschland und Schweden auch Finnland, Dänemark und Holland beteiligen wollen.

Der Schiedspruch im mitteldeutschen Bauarbeiterstreik.

Das Tarifamt Halle fällt im Coblenzstreik des Bauwerkes einen Schiedspruch, der für die Provinz Sachsen und Anhalt eine Lösung der Forderungen von 101 Proz. in den Sommerhalbjahren und in den übrigen Klassen prozentual in der gleichen Höhe bringt. Der Schiedspruch ist mit qualifizierter Mehrheit zustande gekommen und daher bindend. Nachzahlungen für die lastlose Zeit vor dem 16. April 1931 werden dort geleistet, wo entsprechende Vereinbarungen geschlossen waren. Die Arbeitskämpfe gelten mit Wirkung der Vereinbarung als beendet. Das Arbeitsverhältnis gilt als nicht unterbrochen; Nachregelungen finden nicht statt.

Hindenburg gratuliert Seck.

Berlin, 22. April. Reichspräsident von Hindenburg hat an Generaloberst von Seckt anlässlich seines 65. Geburtstages ein Glückwunschschreiben geschickt, in dem der Reichspräsident sich auf die Verdienste im Krieg und Frieden hinweist und besonders die Bildung der Reichswehr betont, die in der deutschen Geschichte als Seckts Werk festgehalten ist.

Die „Schleifische Tageszeitung“ verboten.

Breslau, 22. April. Der Oberpräsident für die Provinz Niederschlesien hat die „Schleifische Tageszeitung“ auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 und des Republik-Schutzgesetzes auf zwei Wochen verboten.

Verbindlicher Schiedspruch.

Köln, 22. April. Der Schiedspruch für das Baugewerbe in Westfalen-Ost und Lippe wurde für verbindlich erklärt.

Verlängerung des spanischen Königs in London.

London, 22. April. Königin Alfonso von Spanien ist in London eingetroffen. Auf dem Bahnhof wurde er von einer großen Menschenmenge erwartet, die ihn herzlich begrüßte. Unter großer Begeisterung des Volkes betrat der König sein Hotel und fuhr in ein Hotel.

Emil Zindler f.

Bremen, 29. April.

Der Afenforcher Emil Zindler ist in der Nacht zum Montag an den Folgen des vor acht Tagen erlittenen Auto-unfalls gestorben.

Dr. Emil Zindler ist durch seine beiden Afenreisen bekannt geworden, die ihn durch Afghanistan und Tibet geführt haben. Sein Tod ist umso trauriger, als er im Herbst des Jahres eine neue Expedition unternommen wollte, die wieder durch Persien und Zentralasien führen sollte, um weitere ungeklärte geographische Probleme zu klären. Mit Dr. Zindler verliert die deutsche geographische Wissenschaft einen ihrer hervorragendsten jüngeren Vertreter.

Wenn der geschmähete Pfennig fehlt!

Da ist man oft an ganz unangelegter Stelle großzügig. Man verachtet auf die Rückzahlung eines einzelnen Pfennigs, wenn irgendwo im Kaufleben die Rechnung vielleicht gerade 49 statt 50 Pfennige beträgt. „Der Pfennig macht nicht glücklich!“ legt man mit bösem Willen und ein geht davon. Abgesehen davon, daß viele Pfennige auch ein etwas ausmachen, muß man sich in der Tat des Jahrs für die angestammten Pfennige manche Kleinigkeit erziehen kann, manchmal fehlt einem ein einziger Pfennig. In der Praxis gibt es Fälle, in denen sich der Verlust eines einzigen Pfennigs zumellen verhängnisvoll auswirken kann, speziell jetzt, da die Pfennigrechnung doch wieder offiziell eingeführt worden ist. In der Bahn zahlt man eine Zehnmark-Note, und der Kassier kann sie nicht wechseln. Man steigt in die Kleinigkeitskassette, und siehe da, es fehlen ein Pfennig. Aber ausgerechnet ein Pfennig fehlt zur Bezahlung des Fahrpreises. Der Kassier wird sich wohl hüten, uns den Pfennig zu spenden, denn er würde auf die Dauer dabei ein armer Mann werden. Was bleibt einem übrig, als auszufragen und erst irgendwo den Schein einzuschleusen. Ach, und dann auf dem Gehältsbogen möchte man sich schnell noch eine Zeitung kaufen. Das ist ein Pfennig übergehen, meist morgens jede einzelne Minute mit Gehalt eingekauft ist. Wieder hat man ausgerechnet nur großes Geld, und an dem Zeitungsgeld fehlt uns ausgerechnet ein Pfennig. Für zehn Pfennig kann man an der nächsten Ecke ein Straußchen mit Schneeglöckchen erziehen, mit dem man vielleicht eine kleine Freude machen kann, aber man kann nicht handeln. Man hat ausgerechnet der eine Pfennig fehlt, den man nach gefahre Jahren wieder geschmäh hat. Durch diesen fehlenden Pfennig hat man gewissermaßen drei Personen geschädigt. Erstens sich selbst, zweitens den Händler, dem man nichts abkaufen konnte, und drittens denjenigen, der dadurch um eine billige, gutgemeinte Freude gekommen ist. Wer den Pfennig verschlingt, bemerkt, daß er sehr leicht fortwährend denken kann. Jeden Tag nur einen einzigen Pfennig verschlingen, macht im Jahre 365 Mark. Das ist heute wieder ein kleines Vermögen, davon kann man sich einen ganzen Tag lang gut und gern ernähren. Eisen wird es den Kindern nach, die hinter jedem Pfennig her sind, und die plötzlich ein fantastisches Vermögen bekommen haben, wenn sie ihre Sparbüchse zu Weihnachten oder zu der großen Ferien öffnen!

Vermishtes.

O Hagenbecks historisches Pinguinbaby ist erwachsen. Anfang August v. J. erblühte im Südpolarpanorama des hagenbeckschen Tierparks in Seltzingen der erste in der Tiergartenhaft erbrütete Königspinguin das Licht der Welt. Kaum so groß wie ein Star und völlig nackt verbrachte das historische Baby die ersten Wochen in der Brutstätte der Mama. Die Ernährung bestand nur aus dem Speisebrei der Eltern, wobei das Kleine aber prächtig gedieh, so daß es nach zwei Monaten bereits die Größe einer kräftigen Hausgans erreicht hatte. Der Züchter besetzte sich dann mit einem dichten, wolligen, dunkelbraunen Federhaum. Dieses eigenartige Kleid hat sich nunmehr völlig gelichtet und dem blühenden Frühlingsgeschwung Platz gemacht, das „Moll“ würdig in die Reihe der Erwandlungen stellt. — Moll's Vater starb, als er fünf Wochen alt war, fünf Wochen später verließ die Mutter ihr Kind und war nicht mehr zu bewegen, ihre Pflichten zu erfüllen. Zum Glück war das Tierchen schon so gut herangemacht, daß die aufopfernde Moll's Mutter des Wärters genüge, um es durchzubringen. Nun wartet Moll's Mutter auf ihren Argenossen, von denen sie bald nicht mehr zu unterscheiden sein wird, im Polarpanorama umher: aus Kindern werden Leute!

O Heilkräfte in einer Frühlingspflanze. Sowohl in den jungen Blättern des Löwenzahns als auch in seinen Wurzeln sind Stoffe enthalten, deren Heirwirkung schon seit Jahrhunderten gekannt wird. Nach den Feststellungen von Schwarz hängt die Zusammenlegung der in der Pflanze enthaltenen chemischen Bestandteile immer eng mit der jeweiligen Jahreszeit zusammen, indem die Wurzel im Frühjahr mehr Natron und Cholin — einen Stoff, den man auch bei der Bekämpfung des Krebses angewendet hat — enthält, im August das meiste Sauer, dem die Wurzel ihre Eigenschaft als Kaffee-Ertrag verdankt, und im Herbst besonders viel Taraxazin, dem man eine heilsame Wirkung bei Leberleiden zuschreibt. Infolge des reichen Natrongehaltes, der blutreinigend wirkt, weil er die in den Geweben enthaltene Kohlenäure zerteilt und aus dem Körper entfernt, ist die Löwenzahnwurzel gerade im Frühjahr besonders heilkräftig. Auch die an Mineralstoffen reichen jungen Blätter, die namentlich in Frankreich gern als Salat gegessen werden, üben auf den Stoffwechsel des Körpers einen fördernden Einfluß aus; man soll sie aber, wenn man sie in der Küche verwendet, nicht mehr als fünf Zentimeter lang werden lassen. In die heilkräftige Löwenzahnblattpflanze legte man früher so großes Vertrauen, daß sich der Leibarzt des englischen Königs, Dr. Zimmermann, erbot, den an Wasserlächt erkrankten Friedrich den Großen allein mit Löwenzahn-ärzten zu heilen.



Amtsantritt des neuen Berliner Oberbürgermeisters. Dr. Gahn verläßt nach der Vereidigung das Oberpräsidium.

Melioration der Unstrutwiesen.

Die am 13. und 14. April in Naucha, Freyburg und Neuba abgehaltenen Versammlungen zur Bildung einer rund 3000 Morgen umfassenen Meliorationsgenossenschaft an der unteren Unstrut waren außerordentlich stark besucht.

Ueber die geplanten Maßnahmen sprachen zunächst der von dem Regierungspräsident ernannte Kommissar, Landrat Dr. Wandersleb, der Leiter des Kulturbauamts in Merseburg, Regierungsbaaurat Sonntag, und der Leiter der kulturtechnischen Abteilung der Landwirtschaftskammer in Salze, Oberlandwirtschaftskammerat Villa. Hieran schloßen sich eingehende längere Ansprachen. Sie hatten zum Ergebnis, daß sich für die Genossenschaftsbildung im unteren Unstruttal bei Freyburg sämtliche Besitzer einmütig erklärten, in Naucha und Neuba die Besitzer der überwiegenden Mehrheit der in Frage kommenden Flächen. Das Gesamtgebiet war, daß die Besitzer von rund 1835 Morgen für die Bildung der Genossenschaft eintraten, während sich die Stimmberchtigten von rund 950 Morgen dagegen erklärten und die Eigentümer von rund 477 Morgen nicht anwesend waren oder Stimm-enthaltung übten. Da die Leuten nach den gesetzlichen Bestimmungen der Mehrheit zugesagt werden müssen, so ist die Bildung der Genossenschaft mit einem Stimmenverhältnis von rund 210 gegen 950 Morgen beschloßen worden.

Der größte Teil der Mißverständnisse dürfte in der Befürchtung liegen, daß die Genossenschaft gleichzeitig auch eine Bindung zur Ausführung aller im Planentwurf vorgeschlagenen Arbeiten läge, sich ändern aus darin, daß einzelne Besitzer glauben, sie würden zu den Kosten für Arbeiten herangezogen werden, von denen nicht ist, sondern ihre Unter-oder Oberlieger allein Vorteil hätten. Diese Befürchtungen sind jedoch grundlos. Der Umfang der zur Ausführung kommenden Arbeiten wird in besonderen drücklichen Terminen unter Hinzuziehung von Bevollmächtigten der Beteiligten festgelegt. Zu den Kosten aber können die Genossen schon nach den Vorschriften des Wassergesetzes nur im Verhältnis ihrer eigenen Anteile herangezogen werden. Schließlich sollen die Arbeiten auch nicht eher in Angriff genommen werden, als bis die Besitzlichen und Darlehen in der vorgesehenen Höhe bewilligt sind. Es ist daher äußerst wichtig, daß diese Mittel recht bald gegeben werden. Soll und kann doch aus rund 30000 Morgen größtenteils minderwertiger Weide wertvolles Grünland geschaffen werden, an dem es gerade in unserer Gegend so sehr fehlt. Außerdem würde mit dem Beginn der Arbeiten einem Teil der Erwerbslosen der Unstrut-tales Beschäftigungsmöglichkeit und damit auch den Gemeinden eine Entlastung von ihren hohen Wohlfahrtslasten zuteil. Sind doch etwa 10000 Tagewerke zu leisten.

Es ist daher zu hoffen, daß bald auch noch die letzten der Ausführung entgegenstehenden Schwierigkeiten überwunden werden und mit der Anlage ein bedeutendes Wert landwirtschaftlicher Selbsthilfe entsteht.

Frühling in Modestaten! Die Schaulustler zeigen die letzten verbliebenen Dinge wie die neueste Nummer der „Eleanten Welt“, die schon erkaufen. Es gibt es die entscheidenden Übersichtsblätter für den Sommerabend im Sturor aus verlässlichem Stoff und Georgete, oder phantastisch gemischt mit den dazu gehörigen Blüten in originaler Form. Die neueste Attraktion der Sommermode, der feine grüne Stoff aus Spitze, der schon erkaufen ist in der verfeinerten Variationen. Ein besonderes Kapitel ist der nicht minder möglichen Kollekte des Fußes gewidmet.



Durch Sparen gewinnen!
Jetzt schweres Beginnen!
Jedoch wird es leicht
Auch heut' noch erreicht,
Hat man erst heraus
Das Rechte fürs Haus!

Hat man „Sanella“, die gehaltreiche und sparsame Margarine, im Hause, dann kann man jederzeit billige, nahrhafte Speisen bereiten, die ganz vorzüglich schmecken.

Sanella
MARGARINE
DIE FEINE
PREISWERT WIE KEINE
35^g
das 1/2 Pfund

Für die uns anlässlich unserer Silbernen Hochzeit erwieften Aufmerksamkeit sagen wir hierdurch unseren innigsten Dank

Karl Liebetruhl sen. und Frau
Kleinwangen, im April 1931.

Öffentliche Stadtverordnetenversammlung

am Dienstag, den 28. April 1931, abends 20 Uhr im „Weißen Hof“.

Tagesordnung:

1. Neuwahl eines Beigeordneten.
2. Kenntnisnahmen.
3. Ergänzung des Beschlusses über die Genehmigung der Zins- und Tilgungsfrage für die städtischen Anleihen.
4. Vorläufige Weitererhebung der Steuerfrage des Vorjahres.

Anschließend: Nichtöffentliche Sitzung.

Nebra, den 21. April 1931.

Der Stadtverordnetenvorsteher. Man.

Betr. Erteilung eines Besitzzeugnisses.

Es wird beabsichtigt, das bisher buchungsfreie Grundstück Gemarkung Nebra, Kartenblatt 4, Parzelle 460/161, zu Breitenstraße 48, Anteil an den ungetrennten Hofräumen, Hofraum, 13 qm groß, in das Grundbuch einzutragen.

Die Stadt Nebra hat den Antrag auf Ausstellung eines Besitzzeugnisses für das oben bezeichnete Grundstück gestellt.

Etwalige Einwendungen gegen die beabsichtigte Eintragung sind innerhalb einer Frist von 14 Tagen, beginnend mit dem Tage nach der Veröffentlichung, bei dem Unterzeichneten schriftlich oder zu Protokoll geltend zu machen.

Nuerfurt, den 18. April 1931.

Der Landrat.

Wird veröffentlicht: Nebra, den 22. April 1931.

Der Magistrat. Grünberg.

4. Abonnementskonzert

Sonabend, den 25. April 1931, abends 7/9 Uhr im „Preussischen Hof“.

Groß. Extrakonzert

Militär-Musik, Fanfaren-Märsche, gut gewähltes Programm.

Anschließend: **Tanzkränzchen**

Um zahlreichen Besuch bitten

Gastwirt Mertens

Kurt Stein

Abonnieren Sie die

Elegante Welt

Das tonangebende Mode- und Gesellschaftsblatt

PREIS PRO HEFT 1 RM
QUARTAL 6 RM

Probenummern gratis u. franko

Verlag: Dr. Selje-Eysler A.G. Berlin SW 68

● Inserieren bringt Gewinn ●



◆ **Schützenhaus Nebra** ◆

Sonntag, den 26. April, 8 Uhr abends.

Groß. Vaterländischer Abend

I. **Großes Konzert** der Stahlhelm-Kapelle Raumburg a. S. (20 Musiker). Leitung: Staatl. Musikdirektor L. Rott.

II. „Du sollst an Deutschlands Zukunft glauben.“

Schauspiel in 2 Akten und einem Nachspiel.

Ausgeführt von der Mitteldeutschen Spielvereinigung.

Eintrittspreis 80 Pfg. — Karten im Vorverkauf in der Buchhandlung Scharf.

Auf Wunsch nach dem Theater: **Deutscher Tanz**

Die beste Arznei

war für mich das Lesen von Westermanns Monatsheften. Durch die Abentenerung, die ich durch sie erhielt und durch die wertvollen Anregungen, die mir Westermanns Monatshefte auf literarischem, künstlerischem und wissenschaftlichem Gebiete in reichster Weise gaben, bin ich über alle Widerwärtigkeiten des Lebens viel leichter hinweggekommen. Ich bedauere nur, Westermanns Monatshefte nicht zehn Jahre früher kennengelernt zu haben. Ungezählte schöne und sonnige Stunden verdanke ich dieser Zeitschrift, so schreibt ein begeisterter Leser. Stundenlang betrachte ich die unübertrefflichen Kunstbilder, tagelang wirken die Aufsätze und Verhandlungen nach.

Gulfchein

Veranstaltet der Verlag Georg Westermann, Braunschweig, gegen Einsendung von 30 Pf. ein Westermanns Monatsheft im Werte von RM. 2.—

Name: _____

Beruf: _____

Adresse: _____

Preis-Abbau.

Hering in Gelee, Literdose nur 75 Pf.

Bratheringe „ „ 60 „

Pflaumen — Pfd. nur 52 „

Pflaumen, große „ „ 50 „

Nüschobst „ „ 54 „

Apfelschnitte „ „ 70 „

Büchlinge, heute ganz frisch, Pfd. nur 40 Pf.

Gemüse-Merlei, 2-Pfd.-Dose nur 49 Pf.

Karotten, geschnitten „ „ 54 „

Thams & Garfs

Nebra

Breite Straße 21

**Eichen-Zaun-Säulen
Zaun-Latten u. -Riegel
Bohnenstangen** vorrätig

Chüringer Holzwerke
ROSSLEBEN



Sauer macht Lustig!

heißt ein neues Ullstein-Sonderheft. Es bringt 100 prächtige Rezepte für Salate, appetitanregende Heringsgerichte, Aspiks, pikante Soßen und Mixed pickles, für sauersüße Gurken und süßsaure Früchte, kurz, für alle jenen schönen Dinge, die man mit Zitronen, Essig und saurer Sahne leicht zubereiten kann, und die zur Ergänzung des täglichen Speisezettels so willkommen sind. Für 75 Pf. zu haben bei:

Wilh. Sauer

Gerösteten Kaffee

empfiehlt

Ww. Meitz, Nebra

Drucksachen

liefert prompt und preiswert die

aller Art für alle Geschäftszwecke für jeden Privatbedarf in besten Ausführungen

Buchdruckerei Wilh. Sauer

